

IW-Reformbarometer

Ein Fünftel der Wegstrecke

Die von der Bundesregierung im Rahmen der Agenda 2010 bislang beschlossenen Maßnahmen entsprechen nur einem Fünftel des für Deutschland mindestens erforderlichen wirtschaftspolitischen Reformpakets. Dies zeigt das Reformbarometer, ein Gemeinschaftsprojekt des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der Zeitschrift Wirtschaftswoche. Von seinem Ausgangswert 100 im September 2002 stieg das Barometer bis zum Februar 2004 nur auf 109,3 Punkte. Würden hingegen die arbeitsmarktpolitischen Forderungen des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die Vorschläge der Herzog-Kommission zur Umgestaltung des Sozialsystems sowie das Steuerreformkonzept von Friedrich Merz umgesetzt, könnte das IW-Reformbarometer auf 153,7 Punkte klettern.

Allein im Teilbereich der Arbeitsmarktpolitik könnte der Reformindikator von jetzt 116,5 auf 153 Punkte steigen, wenn der Sachverständigenrat bei den Politikern Gehör fände. Ihm zufolge sollten die erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger in jedem Fall von den Kommunen betreut werden. Zudem müsste das Günstigkeitsprinzip neu definiert werden, so dass im Tausch für die Sicherheit des Arbeitsplatzes Abstriche beim Lohn vereinbart werden können oder länger gearbeitet wird. Auf dem Gebiet der Sozialpolitik könnte das IW-Reformbarometer sogar von 111,2 auf mehr als 169 Punkte zulegen. Dazu müssten gemäß den Empfehlungen der Herzog-Kommission z.B. in der gesetzlichen Rentenversicherung die Altersgrenze auf 67 Jahre angehoben und ein erweiterter Demographiefaktor eingeführt werden. Die gesetzliche Krankenversicherung wäre auf eine Gesundheitsprämie umzustellen. Im Bereich Steuer- und Finanzpolitik wäre das auf einem einfachen Stufentarif mit deutlich niedrigeren Steuersätzen basierende Modell von Friedrich Merz geeignet, den Reformanzeiger von 100 auf fast 139 Punkte zu hieven.

Gesprächspartner im IW: Dr. Benjamin Scharnagel, Telefon: (02 21) 49 81-7 87



Ein Fünftel der Wegstrecke

Mit der Agenda 2010 will die Bundesregierung die deutsche Wirtschaft in die Zukunft führen. Die bisherigen Maßnahmen entsprechen jedoch nur einem Fünftel des mindestens erforderlichen Reformpakets. Nur wenn der Arbeitsmarkt sowie das Sozial- und Steuersystem durchgreifend umgestaltet werden, sind echte Wachstums- und Beschäftigungsimpulse möglich.

Seit Herbst 2002 verfolgt das Reformbarometer, ein Gemeinschaftsprojekt des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der Zeitschrift Wirtschaftswoche, die Renovierungsarbeiten am deutschen Standort. In dieser Zeit hat die Bundesregierung zwar einen Teil der Agenda 2010 umgesetzt, die bisherigen Reformen waren jedoch eher halbherzig. Kämen hingegen z.B. die Vorschläge des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Herzog-Kommission sowie das Merz'sche Steuerreformkonzept zum Zuge, wäre in Sachen wirtschaftliche Erneuerung viel mehr drin (Grafik):

Von seinem Ausgangswert 100 im September 2002 stieg das IW-Reformbarometer bis Februar 2004 auf 109,3 Punkte – bei Umsetzung der wichtigsten Reformmodelle könnte es auf 153,7 Punkte klettern.

Beispiele dafür, dass das Ende der reformerischen Fahnenstange längst nicht erreicht ist, finden sich zuhauf:

- **Arbeitsmarktpolitik.** Hier hat die Bundesregierung zwar, wie von Experten angemahnt, die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengelegt. Die Zuständigkeiten sind jedoch wenig sinnvoll verteilt. So wären die erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger, statt wie bislang vorgesehen von der Bundesagentur für Arbeit betreut zu werden, besser bei den Kommunen aufgehoben. Denn nur die Sozialämter haben den direkten Draht zu jenen Vor-Ort-Institutionen wie Kindergärten und Schuldnerberatung, die bei der Wiedereingliederung der Hilfebezieher in den lokalen Arbeitsmarkt eine unerlässliche Stütze sind.

Unerledigte Hausaufgaben finden sich auch beim Arbeitsrecht. Entgegen früherer Ankündigungen ist die Bundesregierung noch nicht aktiv geworden, um betriebliche Bündnisse für Arbeit zu erleichtern. Dabei fordert der Sachverständigenrat, dass im Tausch für die Sicherheit des Arbeitsplatzes Abstriche beim Lohn vereinbart werden können oder länger gearbeitet wird. Dies würde die Betriebe flexibler machen und für mehr Investitionen sorgen. Außerdem würde das Arbeitsrecht von bürokratischem Ballast befreit.

Insgesamt könnten die Vorschläge des Sachverständigenrats das IW-Reformbarometer in der Arbeitsmarktpolitik auf 153 Punkte hieven – derzeit steht es dort bei 116,5 Punkten.

- **Sozialpolitik.** Auch auf dieses schwierige Feld hat sich die Bundesregierung eher zögerlich gewagt. Vor allem reichen die bisherigen Schritte nicht aus, die Beitragssätze in der Sozialversicherung deutlich zu senken und das Sozialsystem für die Alterung der Bevölkerung zu rüsten.

Genau hierzu sind die Vorschläge der Herzog-Kommission besser geeignet. Diese sehen unter anderem vor, in der gesetzlichen Rentenversicherung die Altersgrenze auf 67 Jahre anzuheben und einen erweiterten Demographiefaktor einzuführen. Die gesetzliche Krankenversicherung würde auf eine Gesundheitsprämie umgestellt und von Leistungen wie Zahnbehandlung und Krankengeld entlastet.

Statt wie heute 111,2 Punkte könnte das IW-Reformbarometer im Teilbereich Sozialpolitik mehr als 169 Punkte erreichen, wenn das Herzog-Konzept verwirklicht würde.

- **Steuer- und Finanzpolitik.** Die jüngste Steuerreformstufe hat den Bundesbürgern zwar ein wenig die Portemonnaies gefüllt. Von einem einfachen und effizienten Steuersystem ist Deutschland aber nach wie vor weit entfernt.

In der Steuerpolitik weist das IW-Reformbarometer nur 100 Punkte aus – das Modell von Friedrich Merz könnte für fast 139 Punkte sorgen.

Das Konzept des CDU-Politikers zielt z.B. bei der Einkommensteuer darauf ab, die Bemessungsgrundlage durch den Abbau von Steuervergünstigungen zu verbreitern und einen einfachen Stufen tariff mit deutlich niedrigeren Steuersätzen einzuführen (vgl. iwD 5/2004).

Die höheren Einkommen der privaten Haushalte könnten dem Konsum neuen Schwung verleihen. Zudem wäre das System transparenter – und die Steuerzahler wären weniger darauf erpicht, ihr Geld am Fiskus vorbeizuschmuggeln.

